

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/143
30. Juli 1973

Unsere SPD und unsere Bundesrepublik

Anmerkungen zu den Aufgaben von heute und
morgen

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 40 Zeilen

Wirklich: Abgrundtiefe Reformbedürftigkeit !

Zu dem Prüfungsthema Auswärtige Kulturpolitik

Von Dieter Lattmann MdB
Mitglied der Enquête-Kommission des Bundes-
tages für Auswärtige Kulturpolitik

Seite 2 und 3 / 53 Zeilen

Ohne Fairneß und Toleranz geht es nicht

Fragen der innerdeutschen Sportbeziehungen
eignen sich nicht für innenpolitische Schwach-
züge

Von Lothar Wrede MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Sportpolitik der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 86 Zeilen

Unsere SPD und unsere Bundesrepublik

Anmerkungen zu den Aufgaben von heute und morgen.

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik Deutschland steht zur Zeit in der Prüfung ihrer Führungsfähigkeit unter bündnispolitischen Bedingungen. Das ist eine schwere Prüfung, aber wir sollten sie bestehen können, denn es sind viel schwerere Prüfungen von der Sozialdemokratie und von den früheren Jahrgängen überstanden worden und sie ist immer geläuterter geworden.

Unsere Bundesrepublik Deutschland hat nach ihrem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Bundesstaat zu sein, das heißt für uns: zu werden. Das ist der Verfassungsbefehl. Wer soll das eigentlich sonst durchsetzen, wenn nicht die Sozialdemokratie? Als geistig-führende und auch die harte Arbeit nicht scheuende Kraft!

Wir müssen alle unseren sozialdemokratischen Beitrag zu dieser Verfassungsaufgabe, Bundesrepublik Deutschland als demokratischer und sozialer Bundesstaat, leisten und wir müssen diesem sozialdemokratischen Beitrag beseelt sein lassen von dem, worin eigentlich unsere Stärke besteht: der Solidarität.

"Solidarität" - in einem vergilbten Heft, das ich immer wieder lese, das herauskam in dem Jahr, bevor erstmals der 1. Mai begangen wurde, hieß es rückblickend: Die Erfolge der Arbeiter wären aber nicht möglich gewesen, wenn die Widerstandsfähigsten und Stärksten unter ihnen nur für sich selbst gearbeitet und gelebt hätten, wenn sie ihre Widerstandsfähigkeit und Kraft nicht mit ihren schwächeren und weniger widerstandsfähigen Genossen und Kollegen geteilt und wenn sie sich nicht als die Organisatoren dieser aller betrachtet und betätigt hätten.

Solidarität ist etwas anderes, als das, was man heute mitunter meint, wenn man das Wort ausspricht oder hört. Da verwechselt man es mit "Korpsgeist". Das ist ganz etwas anderes. Solidarität ist auch nicht "Eine Hand wäscht die andere", nein - Solidarität ist etwas, das nicht getrimmt, nicht gedreht, nicht durch Statut festgelegt werden kann, sondern was erlebt und weitergegeben werden muß, wie der Stab einer Staffette. Von den Älteren an die Nachwachsenden und immer weiter. Werden wir nie elegisch, wir, die wir Ältere sind, und versuchen wir nie den Eindruck zu erwecken oder uns gegenseitig zu mahnen, daß wir eben dabei seien, es tun zu wollen, als ob die Jüngeren so werden müßten wie die Älteren! Nein, auf ein einziges kommt es an: Nichts von dem verlorengelassen zu lassen, zu verschleudern, gering zu achten und als selbstverständlich hinzunehmen, was durch Siege und in Niederlagen erworben, erkämpft, erdarbt, erstreikt, errungen und behauptet werden mußte!

(-/30.7.1973/ks/ex)

Wirklich: Abgründige Reformbedürftigkeit!
Zu dem Prüfungsthema Auswärtige Kulturpolitik

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied der Enquête-Kommission des
Bundestages für Auswärtige Kulturpolitik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu den jüngsten Beratungen in der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik Bedenken geäußert. Überraschend war der Umstand, daß hier Interna vorwegdiskutiert wurden, die in der Kommission selbst zur Behandlung noch anstehen. Öffentlichkeit schadet der Sache gewiß nicht. Allerdings fragt sich, was im vorliegenden Fall dahintersteckt.

So weit der noch nicht publizierte Gesamtplan des Auswärtigen Amtes zur Kulturpolitik kritisiert wurde, wird das AA zu antworten wissen. Vielleicht jedoch ging es der Union weniger um das Vermitteln von Informationen als um Verbreitung und Pflege eines Gerüchts?

Das Gerücht hüllte sich in Sorge. Sozialdemokratische Reformpolitik, wollte es weismachen, schreibe zum Beispiel die Auslandsschulen, die durch die Bundesrepublik gefördert werden, in Zukunft mehr oder weniger ab. Das Auswärtige Amt, so witterte man in den Reihen der Opposition, habe "sich eindeutig in das Schlepptau von linken SPD-Abgeordneten begeben". Es sei wohl kein Zufall, daß der Verfasser, der "bekanntlich dem Leverkusener Kreis" angehörte, in einem "Vorwärts"-Artikel entsprechend Stimmung gemacht habe.

Die Union sorgte sich ungemein um eine angeblich drohende Ideologisierung der auswärtigen Kulturpolitik im Bereich der deutschen Schulen im Ausland. Offenbar ist ihr nicht aufgefallen, wie sehr ihre eigenen Äußerungen im Dienst einer ideologischen Kampagne standen, mit der Mitglieder der sich christlich nennenden Parteien die Linksfurcht eines Teil der Öffentlichkeit in unserem Land schüren - ganz als sei die Bedrohung der Freiheit in deutscher Geschichte nicht von rechts gekommen. Wenn man ihnen glauben wollte,

stünde des Schreckgespenst des "Sozialismus" einer imperativen Parteiherrschaft unmittelbar vor der Tür. Derlei entlarvt sich als politische Kolportage.

Ist es nicht Wahrheit, hat es doch Methode. Während bei Sachgesprächen in der Enquête-Kommission Detailkenntnis vorherrscht und man sich - hinweg über gesellschaftspolitische Denkunterschiede - über nützliche Vorschläge zur Rationalisierung und thematischen Erneuerung auswärtiger Kulturpolitik zu verständigen sucht, scheint mitunter der Drang unüberwindlich, nach außen hin zum Gegenteil beizutragen.

Das Muster ist bekannt: Im Ausschuß klingen manche Argumente anders als im Eifer der Auseinandersetzungen des Plenums. Auch die Union müßte eigentlich wissen, daß das Auswärtige Amt kein Schiff ist, was so einfach von der Bonner Pier ablegt und sich ins Schlepptau von Zukunftsstürmern nehmen läßt. Gehört es nicht eher zu den beharrlichen Ressorts? Hat nicht die Union zu solch irdischfester Verankerung ihr Teil geleistet?

Gemach, verehrte Kommissionskollegen von der Union, versuchsweise möchte ich Sie bitten, mir darin zuzustimmen, daß die Reform auswärtiger Kulturpolitik zu kompliziert für Vereinfachungen ist. Wenn wir aus der Auslandsschule plaudern, sollten wir nicht durch fahrlässig einseitige Behauptungen die Kinder scheu machen. Auch nicht die Eltern. Nicht einmal die Lehrerkonferenz. Im übrigen hat, denke ich, die Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik in diesem Gebiet die abgrundtiefe Reformbedürftigkeit diagnostiziert. Oder nicht? (-/30.7.1973/sg'ex)

Ohne Fairneß und Toleranz geht es nicht

Fragen der innerdeutschen Sportbeziehungen eignen
sich nicht für innenpolitische Schachzüge

Von Lothar Wrede MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Sportpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Funktionäre des Deutschen Sportbundes und einiger Fachverbände sowie Politiker von CDU und CSU haben seit der Gesprächsrunde der beiden deutschen Sportbünde am 2. Juli in Magdeburg den Stand der innerdeutschen Sportbeziehungen zum Anlaß für meist polemische Kritik an der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien genommen. Dieser Kritik müßte nicht entgegen getreten werden, wäre sie nicht überwiegend von Widersprüchen und Unaufrichtigkeiten geprägt. Dabei wird versucht, die derzeitige Situation zu "kosmetischen Positionsverbesserungen" im innenpolitischen Bereich auszunutzen. Um es noch einmal zu verdeutlichen:

Die Bundesregierung und insbesondere die SPD haben wiederholt und nachdrücklich betont, daß das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und der Grundlagenvertrag mit der DDR auch für die Bindungen des Westberliner Sports zur Organisationseinheit und Sportverbände der Bundesrepublik eine Bestätigung und die Möglichkeit des Ausbaues beinhalten. Wer an dieser Eindeutigkeit zweifelt, handelt unverantwortlich und gegen objektive Tatbestände. Abgesehen davon, daß wesentliche Führungsteile des deutschen Sportbundes und der Fachverbände bisher eine seltsame Allergie gegenüber gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten im Bereich des Sports entwickelten, wurde jetzt der Bundesregierung und den Regierungsparteien indirekt die Schuld für die derzeitige unbefriedigende Situation zugeschoben.

Was den Zeitfaktor in den Verhandlungen der beiden Sportbünde angeht, so muß dem Deutschen Sportbund in Erinnerung gerufen werden, das es nach dem Gespräch mit dem DTSB am 8. Juli 1959 in Delecke (Möhnesee), dem Beschluß des DSB Bundestages vom 6. Juni 1964 in Wiesbaden, dem Beschluß des DSB-Hauptausschusses vom 30. Oktober 1965 und dem damit verbundenen Gesprächsangebot an den DTSB rund elf bzw. sechs Jahre gedauert hat, bis der DTSB vom DSB zur Gesprächsbereitschaft am 2. Juli 1970 in Halle/Saale veranlaßt werden konnte. Unstreitig ist, daß diese Wiederaufnahme der Gespräche eine Folge der Bemühungen der SPD/FDP-Regierung um bessere Beziehungen zur DDR war.

So hätte man sich dann auch gewünscht, daß die Initiativen des DSB zu Gesprächen mit der DDR-Sportführung im Dezember des vergangenen Jahres auf einer breiteren Vertrauensbasis stattgefunden hätten. Dies muß vor allem deshalb verdeutlicht werden, weil Sportfunktionäre plötzlich den Eindruck erwecken, als sei die Sportpolitik der Bundesregierung und der Regierungsparteien in den innerdeutschen Beziehungen unzureichend. Das Gegenteil wäre schon eher denkbar. So heißt es in der Sitzungsvorlage für das DSB-Präsidium vom 8./9. Dezember 1972: "„In diesem Sinne wird außerdem empfohlen, schnellstens - noch vor der Unterzeichnung des Grundvertrages - an

den DTSB zu schreiben, damit einerseits die bestehende Möglichkeit flankierender Unterstützung, z.B. bei der Unterzeichnung des Grundvertrages, genutzt und andererseits ausgeschaltet werden kann, daß sich politische Emissäre dazwischen schieben können, die dann auf eigene Faust Sportpolitik des DSB machen. Diese Gefahr dürfte heute größer sein denn je".

Zwei Monate später erklärte aber DSB-Generalsekretär Gieseler am 10. Februar 1973 im Deutschlandfunk: "Der Grundvertrag und Verkehrsvertrag mit der DDR schaffen eine bessere Basis für die Gespräche des DSB und DTSB am 14. März in Dresden". Diese Erkenntnis hielt nicht lange, denn fortan hieß es, der DSB verhandle in erster Linie auf der Grundlage der Regeln, Bestimmungen und der Praxis des IOC und der Internationalen Sportföderationen. Die Basis der Verhandlungen mit dem DTSB sei durch die staatlichen Verträge nicht verbessert, sondern in einigen Positionen verschlechtert worden. Form und Umfang der widersprüchlichen Kritik aus dem Bereich der Sportorganisationen sind von den "kampagneähnlichen Zügen" der CDU/CSU-Attacken nicht weit entfernt und lassen sich fast beliebig fortsetzen.

Zwar haben CDU und CSU bekanntermaßen die Grundlage für eine Verbesserung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten, den Grundlagenvertrag abgelehnt. Ungeachtet dessen fordern sie auch auf dem Gebiet des Sports Normalisierung und Ergebnisse im Schnellverfahren. Nun war es nicht das erste Mal in den letzten zehn Jahren, daß im April dieses Jahres die CDU - und hier ausgerechnet der Berliner CDU-Landesparteitag - den Abbruch der Sportbeziehungen zur DDR und den osteuropäischen Ländern gefordert hat. Diese Gesichtspunkte sollte der Deutsche Sportbund mit seinen Verbänden bei der künftigen Pauschalkritik an der Bundesregierung und den Koalitionsparteien berücksichtigen. Fairneß und Toleranz waren bisher Attribute, die vor allem dem Sport zugeschrieben wurden. Sie sollten sicherlich auch für das Verhältnis zwischen der Sportführung und der Bundesregierung gelten. In der Sache muß sich die bundesdeutsche Sportführung unter anderem an ihre offenbar unterschiedlichen Verhaltensweisen in der Berlin-Frage bei den derzeitigen Verhandlungen mit dem DTSB und dem Moskau-Besuch des DSB-Präsidenten Dr. Kregel im Mai 1971 erinnern lassen. Die Devise des DSB-Präsidenten, von "Fall zu Fall" Lösungen zu erreichen (siehe "Deutschlandarchiv" Nr. 6/71), ist bei der DDR-Sportführung vermutlich nicht in Vergessenheit geraten.

Unabhängig von temporären Schwierigkeiten wird sich die SPD nicht von ihren Bemühungen abbringen lassen, für die Sportler in beiden deutschen Staaten bessere Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen - dazu gehört uneingeschränkt auch Westberlin.

(-/30.7.1973/ks/ex)